

Berlin, 2. April. Der König hat den Landrathen Freiherr von Seher-¹Thoß in Glaz, von Heinsberg in Neuz und Rumschötel in St. Wendel den Charakter als Geheimer Regierungsrath, dem Intendantur-Sekretär, Rechnungsrath Aßmann von der Intendantur des VI. Armeecorps bei dem Ausscheiden aus dem Dienst den Charakter als Geh. d. r. Rechnungsrath, dem Haupt-Zollamts-Rendanten Enald zu Stolpmünde sowie dem Provinzial-Steuersekretär Blanke zu Hannover bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath, und dem Schlossermeister Schlichting zu Hildes das Prädikat eines Hof-Schlossermeisters verliehen.

Bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten findet die bayerischen Kanzleibürokraten Fischer, Böse, Seideler und Reinhardt zu Geheimen Kanzleirathen einannt worden. Der Amtsrichter Diefken in Aurich ist zum kommissarischen Vorsitzenden des dortigen Konsistoriums und der Regierungs-Assessor von Seebach daselbst, die Pastoren Koppelmann in Schlüter und Kuchhoff in Aurich sind zu kommissarischen Mitgliebern derselben Behörde im Nebenamte bestellt worden.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 2. April. Am Ministeriale: v. Gölzer.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen.
Die Petitionen wegen des Baues einer Eisenbahn von Brohl a.
Rh. in die Eifel und einer Sekundärbahn von Wenneken nach Eifelbe-
werden der Regierung als Material überwiesen.

Die Stadt Wehlshaf petitionirt um Wiederherstellung ihrer konfessionellen Elementarschulen.

Die Unterrichtscommission beantragt die Petitionen der Regierung dahin zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Konfessionalisirung der Schulen zu Weibslad durchgeführt wird, falls die städtischen Behörden die von der Regierung gestellten Bedingungen annehmen.

Abg. Natorp beantragt über die Petition zur Tagesordnung
übergeben, der Beschluß der Kommission sei nur mit geringer Majorität, 9 gegen 7 Stimmen, gefaßt worden.

Hog. Dr. Kolberg bittet um Berücksichtigung der Petition, da die Bestimmung der Kabinettsordre vom 4. Oktober 1821 nicht zutreffe. Die Kabinettsordre gestattet die Errichtung von Simultanischulen, wenn die offensbare Noth dazu dränge. Dieser Umstand liegt hier aber nicht vor.

Abg. S. (Sagan): Ich und meine politischen Freunde werden gegen den Kommissionsantrag stimmen. Die Uebelstände, die an den Schulen in Meckla bestehen sollen, haben mit dem Wesen der Simultanschulen nichts zu thun und können leicht abgestellt werden. Die Lehrer sind mit einer einzigen Ausnahme katholisch und der eine evangelische Lehrer erteilt nur Religionsunterricht.

Abg. v. **Rebello-Piesdorf**: Ich kann mich nur für den Kommissionsantrag erklären. Meine politischen Freunde halten die Simultanfule nur für einen Nothbehelf, können aber im gegenwärtigen Momente nicht soweit gehen, wie Abg. Dr. Kolberg, der die sofortige Refonfessionirung wünscht. Ich kann Sie daher nur um Annahme des Kommissionsantrages bitten, der die Refonfessionirung von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig macht.

Abg. Colberg vertheidigt seinen Antrag mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse Wehlhofs.

Hog. Dr. Windthorst: Ich glaube, es müßte doch Jedem klar sein, daß hier kein Grund zur Simultanisirung vorliegt; die Verhältnisse liegen dort so, daß für die evangelischen Schulkinder auch ohne Simultanische geformt werden kann. Wir halten die Simultanischulen für ein Unglück; ich sehe ganz auf dem Standpunkte des Kommissionsantrages und bitte um dessen Annahme.

Abg. Dr. Langerhans: Da die Regierung auf dem richtigen Wege ist, die Angelegenheit zu ordnen, so scheint es doch allein logisch berechtigt, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und die Regierung auf diesem Wege fortfahren zu lassen.

Agg. Dr. Katorp: Vor fast einem Jahre hat die Regierung der Gemeinde eine Offerte wegen Errichtung einer neuen Schule gemacht — wären die Klagen über die Mißstände berechtigt, so hätte die Gemeinde wohl längst von der Offerte Gebrauch gemacht. Die Verhandlungen zwischen Gemeinde und Regierung schweben noch, also ist es doch zweifellos klar, daß wir das Neuland abwarten müssen und deshalb bitte ich Sie, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Zelle. Ich kann es kaum begreifen, daß die evangelischen Hausväter von Meklack die Petition unterschrieben haben. Denn wenn wir der Petition nachgehen, so würden die evangelischen Kinder, die jetzt in 5 Klassen unterrichtet werden, in einer Klasse untergebracht werden. Ebenso wenig aber verstehe ich die katholischen Hausväter, denn wie können sie von einer so geringen Anzahl evangelischer Kinder für die katholische Kirche Nachtheile erwarten. Es zeigt sich hier wieder, wie bedenklich der Kampf gegen die Simultanschule ist. Wenn Kinder desselben Landes aus religiösen Anschauungen nicht mehr auf einer Schulbank sitzen dürfen, so müssen doch diese religiösen Anschauungen nicht ganz richtig sein.

Die Diskussion wird geschlossen.
Das Haus tritt hierauf dem Antrage der Kommission bei und überweist dann die Petition wegen Errichtung eines eigenen Schulsystems in Rüntrop der Regierung zur Erwägung.

Unter Bezugnahme auf die Erklärung des Regierungsvorstehers überweist das Haus die Petition betr. Vorlegung eines Entwurfs über den Bau eines Schiffsfahrtskanals von Dortmund nach den Emsbäsen als Material.

Nach Erledigung zweier unwesentlicher Petitionen erfolgt die Beratung des vom Abg. Stöcker gestellten Antrages:

Die Regierung zu ersuchen, auf Abstellung des in den größeren Gemeinden, namentlich den Großstädten, bestehenden kirchlichen Muthandes hinzuwirken, und soweit es hierzu erforderlich ist, eine Abänderung der bezüglichen Gesetzgebung, sowie die Bewilligung von Staatsmitteln herbeizuführen.

Abg. S t ö d t e r: Die Beseitigung der Nothstände, welche zu meinen Anträge mit veranlaßt haben, ist ohne Mitwirkung der Regierung nicht herbeizuführen. In Berlin ist ein Nothstand herangewachsen, welcher erschreckender und umfassen der in der ganzen Christenheit nicht besteht. Mit drängen die Verhältnisse in einer Weise an die Öffentlichkeit, die die Sachlage verschleiert. Berlin hat 40 Kirchen und 9

Geistliche — in den Vorstadtgemeinden befinden sich Gemeinden mit 80 000 Seelen und nur 2 Geistlichen. (Hört! Hört!) Vor dem Hallschen Thore haben wir eine Gemeinde von 50 000 Seelen mit einer Kapelle für etwa 400 Sitzplätze. An einer Durchbringung der Bevölkerung mit religiösen Gedanken ist dabei doch gar nicht zu denken. In Bezug auf kirchliche Trauungen und Tausen hat unsere Kirche große Verluste erlitten, die katholische in Berlin nicht minder. Die Aufhebung der Stolz- und Kirchengelübden hat etwas darin gebessert, aber unmöglich ist es, in freiwilliger Thätigkeit so fortzuwirken. Man habe neulich hier untersucht, welches die Ursachen der Verbrechen sind. Der Mangel sittlich religiöser Pflege ruft wenigstens in qualitativer Beziehung die grauenhaften Morde der Gegenwart hervor. Die Sozialdemokratie ist für mich ein natürliches Kind der Unreligiosität — wo die kirchliche Pflege so beschränkt ist wie in Berlin, können solche Gedanken der Gesetzlosigkeit, des Atheismus leicht Boden fassen. — Die Berliner Stadtsynode hat nun den Versuch machen wollen, dem Nothstande entgegenzuarbeiten und deshalb an den königlichen Patronat sich gewandt. Der königliche Patronat hat die Gewährung von Mitteln abgelehnt — kann man von der Stadtsynode verlangen, daß sie Opfer bringe, während der königliche Patronat nichts thut und Geistliche besoldet, deren Ernennungsrecht der Patronat hat? Seit dem 1. Januar 1873 hat der königliche Patronat jede Weiterunterstützung abgelehnt. Die Unterstützung seitens des königlichen Patronats ist 1873 hier im Hause ganz einfach abgeschafft worden, der stenographische Bericht darüber umfaßt 3 Zeilen und seit jener Zeit datirt zumeist die kirchliche Noth. Mein Antrag bezweckt also, daß die Bestimmung, wonach der königl. Patronat Unterstüzungen seit 1873 nicht mehr zu leisten hat, aufgehoben werde — das ist das Hauptziel meines Antrages. Im nächsten Jahre versammelt sich die Generalisynode — es wäre gut, wenn bis dahin seitens der Regierung dieser Anregung Folge gegeben sein würde. Der Herr Minister möge erwägen, ob der Staat nicht eine sehr dringliche Veranlassung zur Mitarbeit hat. — Durch die Freisügigkeit werden große Massen der Bevölkerung in die großen Städte gedrängt; soll die bestehenden Gemeinden nun dafür aufkommen? Sie werden sagen, man mag doch in Berlin die Kirchensteuer erhöhen — das geht aber nicht, denn die unteren Stufen zahlen gar keine Steuer und die Bemittelten zahlen also schon Steuer für die Vorstadtgemeinden. Was uns Sorge macht, sind auch nicht allein die alten Berliner — es sind die in großen Scharen übergehenden Provinzialen; das möge die Herren aus der Provinz hier nicht vergessen. Wir können diese Forderungen an den Staat nicht aufgeben — in Sachsen, Z. anischweig, Mecklenburg ist nicht der Kirche in genügender Weise entgegen gekommen in Preußen nicht. Wir haben neulich 4½ Millionen Mark an Pensionszahlungen bewilligt — das ist aber nur ein Theil der Staat und die Provinzen Gebiete Mittel nicht haben. Unter der Hand ist man sich der Noth bewußt — ich bitte um Namen der liberalen Stadtsynode. (Z. 1. 1873).

Minister v. Goltz: Der Herr Vorredner hat eine Erklärung Namens der Regierung nicht verlangt, wohl aber ein großes Interesse für seine so bei mir voranrückten. Ich habe versucht, mir Klar zu machen, mit welchen Verhältnissen wir zu rechnen haben. — Das Material, das ich mir zusammengeheftet, hat doch immer einen gewissen Werth. Die Zahl der Katholiken im Verhältnis zu den Kirchen und Geistlichen ist günstiger als das der Evangelischen. Die Berliner kirchlichen Angelegenheiten sind stets für die Regierung Gegenstand der Erwägung gewesen — schon Anfang dieses Jahrhunderts auf Anregung des Magistrats. Einen Abbruch gefunden haben diese Erwägungen und Verhandlungen erst 1873, wo der evangelischen Kirche eine größere Selbständigkeit gegeben worden ist. Ich habe aus der soeben gehörten Rede versucht, mir Klarheit zu verschaffen, in welchen Lücken sich die Mitwirkung des Staates vollziehen soll. Mit Recht hat der Vorredner auf den Wendepunkt des Jahres 1873 hingewiesen. Ich würde es für eine Erleichterung der Frage gehalten haben, wenn sie gelegentlich der Beratung des Kultusetats geregelt worden wäre. Wenn sich nun der Staat zurückgezogen hat, so ist es schwer, die städtischen Patronate zu erhöhter Mitwirkung heranzuziehen. Auch die Frage, ob ein Patronat gehalten sein kann, Verpflichtungen für Nebengemeinden zu übernehmen, verdient wohl Erwägung und gesetzliche Regelung. Auf weitere Details will ich nicht eingehen, nur noch auf die Frage der Staatsunterstützung. Der Staat hat 12 evangelische Kirchen begründet, zahlreiche Gnadengeschenke an einzelne Kirchen gemacht; von katholischen Kirchen ist in neuerer Zeit eine errichtet worden und auch an katholische Kirchen sind zahlreiche Gnadengeschenke ertheilt worden; fähig werden für die katholischen Kirchen Berlins 11 000 M. gezahlt. In Bereitwilligkeit des Staates hat es also nicht gemangelt. Es hat stets in unserem Bestreben gelegen, die Kirchen zu unterstützen; ich würde mich freuen, wenn die heute angeregte Angelegenheit zu einem glücklichen Ende geführt werden würde.

Abg. Dr. Reichenperger (Dps): Zunächst muß ich meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß der Herr Minister heute so eingehend geantwortet hat, während er vorgestern auf die Interpellation des Abg. Dr. v. Sadyemski mehr als lakonisch geantwortet hat. Erstaunlich war es für mich auch, daß der Antwortsteller gar nicht daran gedacht hat, eine Beilegung des kirchlichen Nothstandes durch Aufhebung des Kulturkampfes herbeizuführen. Ich glaube, es wäre gut, wenn Abg. Stöder neben seinen vielen Volksversammlungen einmal auch eine kirchenpolitische Versammlung einberufen möge, um die Reichen zur Unterstützung aufzufordern. Man ruft mir zu, die Reichen seien Juden (Heiterkeit) das glaube ich nicht, aber auch die reichen Juden würde Herr Stöcker's Verthesamer zur Kirchenbesteuer veranlassen (Heiterkeit), wenn er ihnen KonzeSSIONen machen würde. Ich höre, daß Herr v. Bleichröder 30 000 Mark zur Unterstützung der englischen Kapelle gespendet hat — eine Listte bei Herrn v. Bleichröder möchte ich Herrn Stöder also doch anrathen (Große Heiterkeit). Daß, wie der Herr Minister sagt, der Staat katholische Kirchen unterstützt, freut mich, und wenn der große Friedrich die Gedwigskirche erbaut hat, so danke ich ihm heute noch. (Heiterkeit.) Herr Stöder klagt über Mangel an Geißlichen und trotzdem macht die Regierung den katholischen Geißlichen Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie kann erst bekämpft werden, wenn man uns die Orden wieder giebt. Eine Abnahme der Verbrechen wird auch kaum erzielt werden; wenn ein Verbrecher auch eine Kirche in der Nähe hat, er wird doch eindrechen. Herr Stöder aber möge vor Allem dafür sorgen, daß er einen besseren Geist in die Berliner Bevölkerung bringe (Beifall.)

Abg. Stöcker: Ich bin dem Herrn Minister seine Antwort sehr dankbar. Herr Reichensperger kann überzeugt sein, daß ich nicht allein politisch wirke, sondern auch kirchlich an der Spitze der Stadtmission.

Der Hinweis auf die Berliner Juden schien mir nicht ganz würdig; es handelt sich nicht um Konzessionen an Juden, sondern um die Konfession unserer Glaubensgenossen. Meine ganze Thätigkeit beruht darauf, daß der Geist in Berlin ein besserer werde und ich hoffe, dieses Ziel zu erreichen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag gegen die Stimmen der Rechten des Hauses abgelehnt.

Es folgen Berichte über Petitionen.
Die Gemeinde Lindlar petitionirt um Errichtung zweier neuer
Schulclassen in Lindlar.

Die Unterrichtskommission beantragt, die Petition der Regierung zu nochmaliger Erwägung zu überweisen; das Haus schließt sich dem Antrage an.

Eine Petition, betr. Pensionserhöhung älterer Pensionäre, wird als zur Disposition nicht geeignet bezeichnet; zwei Petitionen wegen zwei Knappheitsklassen werden der Regierung als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Abg. v. Rauchs haupt wirft die Frage auf, ob das Haus morgen noch tagen soll; der Bericht der Kommission über den Anlauf der Hamburgher Bahn kann bis morgen nicht fertiggestellt werden.

Abg. Meyer (Breslau) bittet, doch morgen eine Sitzung abzuhalten, da der wichtige Bericht über die Wahl des Abg. Lynker nicht 4 Wochen hinausgeschoben werden dürfe.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, sich zu vertagen.

Nächste Sitzung: Dienstag 22. April 10 Uhr. Tagesordnung:
Eisenbahnvorlage, Nachtragsetat.
Schluß 3 Uhr.

Berlin, 2. April.

— Die „N. N. Z.“ schreibt: In der Stadt zirkulirten heute Gerüchte von einer Erkrankung des Kaisers. Se. Majestät, den ein leichter, stetig und regelmäßig abnehmender Erkrankungszustand an das Zimmer fesselte, haben die Regierungsgeschäfte in gewohnter Weise erledigt.

Der Bundesrath hat heute Mittag eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung als erster und Hauptgegenstand ein Meinungsaustausch über die Erklärungen stand, welche Preußen und Württemberg in Betreff des Reichsoberhauptes zur Ertheilung eines verantwortlichen Reichsministeriums abgegeben. Von weiteren Beratungsgegenständen ist ein Antrag Preußens, betreffend die Verlängerung der Frist für die Einsendung des Materials zur Herstellung einer Statistik der öffentlichen Armenpflege und der Ausschußbericht über den Antrag Sachsens, betreffend die Verlängerung des Privilegiums der Notenausgabe der landständischen Bank des Markgrafenthums Oberlausitz, dessen Annahme die Majorität des Ausschusses empfiehlt, hervorzuheben.

— Der „Reichs- und Staats-Anz.“ enthält heute das Gesetz, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1884/85.

— In einem Artikel: „Die Interpellation
Fajdzewski“ sagt die „Provincial-Correspon-
denz“:

„Überall da, wo man den kirchlichen Frieden will, wird man sich unformer die Frage beantworten, auf wen die Verantwortung dafür fällt, daß eine mit politischen Interessen der greifbarsten Art zusammenhängende einzelne und besondere Angelegenheit zur Wiederbelebung des gesammten, in ein ruhigeres Fahrwasser gebrachten kirchenpolitischen Strettes benutzt worden ist. Daß seit Jahren beobachtete Verhalten der Staatsregierung liefert den Beweis dafür, daß die Gründe, welche der Aufhebung der Sperre für die Erzbischöfe Posen und Gnesen entgegenstehen, mit einem etwaigen Mangel an Wohlwollen für die katholische Bevölkerung der Provinz Posen nichts zu schaffen haben.“

— Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Puttkamer mit den Konservativen für den Antrag Stöcker wegen des kirchlichen Nothstandes gestimmt hat, nachdem Minister v. Gokler sich über den Antrag ablehnend geäußert hatte. Minister v. Gokler war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

— Der amerikanische Gesandte Sargent hat, wie aus Washington gemeldet wird, an den Staatssekretär der Vereinigten Staaten ein Telegramm gerichtet, in welchem derselbe es ablehnt die Stellung als Gesandter der Vereinigten Staaten bei den russischen Hofe anzunehmen.

— Die „Post“ schreibt: Es bestätigt sich, daß der bisherige russische Gesandte in Stuttgart, Herr v. Staal, zum russischen Botschafter in London designirt sei.

— Ueber einen argen Militär-Exzeß, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Hannover stattfand und die strengste Unterjuchung herausfordert, berichtet der sehr vortheilhafte und gewiß nicht zu Ungunsten der beteiligten Militärs ändernde „Hann. Cour.“:

Nachts um 2 Uhr seien zwei Offiziere vor dem Wiener Café angekommen und wären dort mit einem Göttinger Studenten in Konflikt gerathen; auf das Gesuchen des letzteren an den einen Offizier ihm die Karte zu übergeben, habe dieser verneinend geantwortet, worauf der Student bemerkt, daß er ihn dann nur als „Luft betrachtet könne. Auf Grund dieser Aeußerung habe der Offizier sofort seine Degen gezogen und auf den Studenten losgeschlagen, so daß vorübergehende Zivilisten sich desselben angenommen und den Offizier

am Schlagen zu hindern versucht hätten. Jetzt habe auch der zweite Offizier von der Waffe Gebrauch gemacht, in diesem Augenblick seien aber auch schon einige Nachwächter beigegeben, und der Wächter Müller habe gerufen: „Stehen Sie die Degen ein, ich kann nicht dulden, daß hier geschlagen wird.“ Raum habe er diese Worte geäußert, so habe auch er einen Degen über den Kopf gehalten, es sei ihm jedoch gelungen, sich des Offiziers zu bemächtigen, ihn zum Arrestanten zu erklären und mit Hilfe anderer Wächter zur Schloßwache abzuführen. Ebenso sei der zweite Offizier verhaftet und abgeführt. Dieser habe sich jedoch in der Großen Backhofstraße freigemacht, sei zum Wiener Café zurückgekehrt, habe die dort noch stehenden Offiziere alarmiert, und diese seien dann mit gezogenem Degen dem Transportzuge des ersten Offiziers nachgefolgt, hätten diesen in der Kramerstraße erreicht und sofort mit dem Rufe: „Unsern Kameraden heraus!“ — auf die Nachwächter eingestürmt. Letztere hätten sich, unterstützt von dem Publikum, welches für die Wächter Partei genommen, zur Wehre gesetzt, die Offiziere seien überwältigt, und einigen derselben sei eine starke Patrouille der Schloßwache, geführt von dem nachgehenden Offizier, herangeführt; letzterer solle zwar gerufen haben, die Offiziere loszulassen, jedoch aber, ohne den Erfolg seiner Aufforderung abzuwarten, sofort den Befehl zum Angriff auf die Wache gegeben haben. Ein Nachwächter habe hierbei ein Bajonnettschiff unter das Auge, ein anderer einen in die Hüfte und vor die Brust erhalten, außerdem seien mehrere andere Wächter, ebenso wie auch Zivilisten theils mehr, theils weniger schwer durch Schläge oder Stiche verletzt. Sodann seien mehrere Wächter, unter ihnen auch der Wächter Müller, welcher trotz des Getümmels den von ihm verhafteten Offizier zur Schloßwache geführt, seitens des nachgehenden Offiziers zu Arrestanten erklärt und durch Soldaten mit aufgepflanztem Bajonnet zum Polizeibureau geführt, hier aber nach Feststellung ihrer Personalien entlassen. Wie verlautet, sind die am meisten theilnehmenden Offiziere dieselben, welche bereits vor mehreren Wochen ein Rencontre mit Nachwächtern in der Baderstraße gehabt haben, das vor Kurzem in der gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Kollegien besprochen wurde.

Bericht der vorstehende Bericht auf tatsächlichen Unterlagen, so begreift sich, daß das citirte Blatt von einer „im Stillen fortwährenden Ebitierung zwischen Zivil und Militär“ spricht. Man kann nur wünschen, daß wenigstens den Resultaten der eingeleiteten Untersuchung die weitestehende Öffentlichkeit gegeben werde.

Wien, 2. April. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des Fürsten Nikolaus Brede zum Gesandten in Stuttgart.

Wien, 2. April. Der Schinderknecht Emanuel Groß ist gestern wegen Anfertigung falscher Kupons russischer Staatspapiere und russischer Aktien, namentlich Aktien der Arabank, verhaftet. Eine Anzahl falscher Kupons wurde mit Beschlag belegt. Zwei Kupons, in deren Auftrag Groß die Fälschung ausgeübt haben will, wurden ebenfalls verhaftet; man fand bei denselben einen größeren Betrag in Rubeln vor.

r. Stadtverordneten-Sitzung am 2. April.

Anwesend sind 18 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodnitz, Dr. Friedländer, Fädel, Kantorowicz, Kirten, König, Kronthal, Dr. Rebiniski, Wigner, Manheimer, Müller, Mügel, Dr. Rehfeld, Rosenfeld, Schweiger, Dr. Szynanski, Türl, Ziegler. Von Magistratsmitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Perse, Stadträte v. Glebowski, Stadtbaurath Gruber, Dr. Lappe, Schmidt. Den Vorsitz führt Stadtv. Mügel. Derselbe macht zunächst einige geschäftliche Mittheilungen. Danach ist ein von dem Stadtv. Brodnitz gestellter und genügend unterstützter Antrag eingebracht, welcher dahin gerichtet ist: Die Verwaltung möge beschließen, daß auf dem Grundstücke der Was- und Wasserwerke eine Fabrik zur Fabrication künstlichen Eises errichtet werde. Dieser Antrag wird auf die nächste Tagesordnung gestellt werden. — Magistrat hat gemäß dem Wunsche der Versammlung amtliche Recherchen wegen des gegenwärtigen penfionsberechtigten Gehaltes des früheren Stadtbauraths Stenzel angestellt; nach der von der kgl. Regierung zu Opaten erhaltenen Auskunft erhält derselbe 3000 M. Gehalt und 540 M. Wohnungsgeldzuschuß.

Die Mehrausgaben bei Titel IX Nr. 1 des Kammer-Etats pro 1883/84 (Kosten der Unterbringung der Offiziere in den Kasernen 1600 M.) in Höhe von 150,79 M. werden gemäß dem Magistrats-Antrage, über welchen Stadtv. Rosenfeld im Namen der Finanzkommission berichtet, bewilligt.

Zu Waisensplegern werden, nachdem im Namen der Wahlkommission Stadtv. Ziegler berichtet hat, die Herren Heinrich, Wendig, Streich, Neugebauer, Henne gewählt.

Zum Waisensath wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. König berichtet, Uhrmacher Förster gewählt. — Zum Mitgliede der Stadt-Waisen-Deputation wird Dr. Landsberger gewählt.

In Betreff der Bezirkseinteilung für die Armenärzte der Stadt Posen wird der Stadtv. Dr. Rehfeld darauf hin, daß bei der Verabreichung über die Stadt der Armenpflege die Finanzkommission vorgeschlagen habe, den Bezirk am rechten Ufer der Warthe, in welchem gegenwärtig Dr. Gajtorowski Armenarzt ist, in zwei Bezirke zu theilen, und jedem der beiden Armenärzte, wie den übrigen Armenärzten, 450 M. Gehalt zu gewähren. Magistrat sei jedoch dagegen, da durch diese Theilung eine promptere ärztliche Armenpflege in dem räumlich sehr ausgedehnten Bezirke nicht herbeigeführt werden würde. Es haben sich nun auch bereits zwei Aerzte, Dr. Stan und Dr. Kapucinski für die neu zu bildenden Bezirke gemeldet; Dr. Gajtorowski dagegen hat erklärt, daß er sein Amt niederlegen werde, falls der Bezirk getheilt werde. — Referent erklärt, nach genauer Prüfung der Sachlage sich gleichfalls gegen die Theilung des Bezirks aussprechen zu müssen; Dr. Gajtorowski, welcher auf der St. Martinsstraße wohnt, habe auf der Wallische eine zweite Wohnung gemietet, und sei dort stets zu bestimmter Stunde Vormittags zu treffen, fahre aber auch Nachmittags dorthin; er komme seinen Verpflichtungen stets nach, und es seien noch keinerlei Klagen eingelaufen. Referent erklärt, früher dort selbst längere Zeit Armenarzt gewesen zu sein, und daher die Verhältnisse des Bezirks genau zu kennen; er stimme dem Magistratsantrage, es bei dem bisherigen Modus zu belassen, bei. — Stadtv. Dr. Friedländer erklärt, er erkenne zwar in vollem Umfange die ersprießliche Thätigkeit des Dr. Gajtorowski in jenem Armenbezirke an; wünschenswerth sei es aber doch wohl, daß zum Armenarzt für diesen Bezirk ein Arzt gewählt werde, welcher entweder im Bezirke selbst oder in der Nähe desselben wohne, wie dies bei den beiden Aerzten, die sich gemeldet haben, der Fall sei. Magistrat möge für das nächste Jahr auf diesen Wunsch Rücksicht nehmen. — Stadtv. Kantorowicz spricht sich für Theilung des Bezirks, und Anstellung von zwei Armenärzten, die innerhalb oder in der Nähe des Bezirks zu wohnen haben, aus. — Bei der Abstimmung wird der Magistratsantrag angenommen.

Ueber die Feststellung eines Ortsstatuts für die Stadt Posen, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, berichtet Stadtv. Manheimer. Derselbe weist darauf hin, daß die Versammlung im Januar d. J. eine Kommission, deren Mitglieder aus Angehörigen verschiedener Berufsarten bestanden, zu dem Zwecke gewählt habe, damit dieselbe ein derartiges Ortsstatut entwerfe. Dieser Statutenentwurf, dem auch der Magistrat beistimmt, liegt nunmehr der Versammlung vor. In demselben ist gemäß dem von der Handelskammer und einer Versammlung von Angehörigen des Kaufmannstandes ausgesprochenen Wunsche davon Abstand genommen worden, den Versicherungswang auch auf Handlungs-Gehilfen und Lehrlinge, Apotheker-Gehilfen und Lehrlinge,

wie dies das Gesetz gestattet, auszudehnen. Referent liest hierauf den Statutenentwurf vor, und beantragt, die Versammlung möge diesen Entwurf annehmen. Eine lebhafteste Debatte entwickelt sich über § 3 des Entwurfs, welcher lautet: „Die der Gemeinde-Krankenversicherung angehörenden Personen erhalten das Krankengeld nicht, wenn sie sich die Krankheit vorzüglich, oder durch schuldhaftes Betheiligungs bei Schlägereien oder Raufereien, oder durch Trunkfälligkeit, oder durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben.“ Stadtv. Dr. Friedländer weist darauf hin, daß eine derartige Bestimmung den humanen Anschauungen unserer Zeit widerspreche, und daß derartige Kranke, wenn ihnen das Krankengeld entzogen wird, schließlich ins Städtelazareth aufgenommen werden müssen, und so der Orts-armenpflege anheimfallen; die Versammlung möge demnach, wenn das Krankenlaffengesetz dies nur irgend gestatte, die Bestimmung wegen Entziehung des Krankengeldes bei schuldhafter Betheiligung an Schlägereien, bei Trunkfälligkeit, geschlechtlichen Ausschweifungen ganz fallen lassen. — Stadtv. Dr. Rehfeld weist besonders darauf hin, wie bedenklich es sei, das Krankengeld zu entziehen, wenn sich die betr. Personen die Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, da dadurch der Verschleppung und Weiterverbreitung derartiger Krankheiten Vorhub geleistet werden würde. — In gleichem Sinne, wie Stadtv. Dr. Rehfeld, sprechen sich die Stadtv. Kirten und Kantorowicz aus; Stadtv. Fädel stimmt dem Wunsche des Stadtv. Dr. Friedländer, die genannten Bestimmungen aus dem Statut zu beseitigen, bei. — Bürgermeister Perse macht geltend, daß die bestehenden Orts-Krankenlaffen die genannten Bestimmungen gleichfalls in ihrem Statut haben, und daß die Mitglieder dieser Laffen dazugegen sind, daß Raufbolde, Saufbolde &c. bei Erkrankungen, die sie sich selbst zuzuschreiben haben, gleiche Vergünstigungen genießen, wie diejenigen, die ohne ihr Verschulden erkranken. Diejenigen, die in Folge von geschlechtlichen Ausschweifungen erkranken, würden überdies stets am besten im Krankenbauhe geheilt, und bedürften dann des Krankengeldes nicht, außer in den gewis sehr seltenen Fällen, wo sie Familie haben, und dann das Krankenlaffengeld dieser zu Gute käme. — Auf Antragen theilt Stadtv. Manheimer mit, daß das Krankenlaffengesetz den Kommunen nur die Ermächtigung ertheile, Solchen, welche aus den genannten Ursachen erkranken, das Krankengeld zu entziehen; ferner die Gemeinde-Krankenlaffe solle nur eine subsidäre sein, und solche Arbeiter aufnehmen, welche anderen Krankenlaffen nicht angehören; zu große Kosten würden der Kommune daraus nicht erwachsen. — Bei der Abstimmung wird hierauf § 3 des Entwurfs der Pafus: „oder durch geschlechtliche Ausschweifungen gezeichnet, und der Entwurf im Ubrigen unverändert angenommen. Derselbe lautet danach also folgendermaßen: „Auf Grund des § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853, § 142 der Gewerbeordnung, §§ 2, 3, 4, 9, 76, 81 des Reichsgesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883, wird hierdurch nach Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung für den Bezirk der Stadt Posen nachstehendes Ortsstatut erlassen: § 1. Der § 1 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 findet Anwendung auf diejenigen Personen: a) deren Beschäftigung ihrer Natur nach eine vorübergehende oder durch den Arbeitsvertrag im Voraus auf einen Zeitraum von weniger als eine Woche beschränkt ist, sofern diese Beschäftigung thätlich und ununterbrochen 6 Tage gedauert hat, und zwar unter Zurücklegung des Beginns der Versicherungspflicht auf den Tag, an welchem die Beschäftigung begonnen hatte, b) welche in anderen Transportgewerben, als im Eisenbahn- und Binnendampfschiffahrtsbetriebe, beschäftigt sind. Die Vorschriften der §§ 49–53 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 finden auch auf die oben bezeichneten Personen und deren Arbeitgeber Anwendung. § 2. Für die Gemeinde-Krankenversicherung und sämtliche Orts-Krankenlaffen der Stadtbezirke Posen wird eine gemeinsame Meldestelle errichtet. Die Kosten derselben werden von der Stadtgemeinde Posen und der Orts-Krankenlaffe nach Maßgabe der Zahl der im Jahresdurchschnitt bei ihnen versicherten Personen bestritten. Die übrigen Krankenlaffen, deren Verhältnisse von der Beschäftigung, der Gemeinde-Kranken- oder einer Orts-Krankenlaffe anzuheben, bei ist, sind verpflichtet, jeden Austritt eines Mitgliedes binnen einer Woche bei den Meldestellen zur Anzeige zu bringen. Zur Errichtung der Meldestelle für jede Laffe, sofern deren Vorstand nicht eine andere Person vorschlägt, der Laffen- und Vereinigungsführer verpflichtet, und für den Unterlassungsfall nach § 81 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 strafbar. § 3. Die der Gemeinde-Krankenversicherung angehörenden Personen erhalten das Krankengeld nicht, wenn sie sich die Krankheit vorzüglich, oder durch schuldhaftes Betheiligungs bei Schlägereien oder Raufereien, oder durch Trunkfälligkeit zugezogen haben. § 4. Personen, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen, und freiwillig der Gemeinde-Kranken-Versicherung beitreten, erhalten erst nach Ablauf von 14 Tagen vom Beitritt ab Krankenunterstützung. § 5. Dieses Ortsstatut tritt vom 1. Dezember 1884 in Kraft.“

In den Etat pro 1884/85 waren die Zinsen für die auf dem Grundstück St. Martin Nr. 160 für die Schleifische Bodencredit-Aktienbank eingetragene Hypothekendarlehenforderung von 60 000 M. a 4½ pSt. = 2900 M. aus Versehen nicht eingestellt worden. Dieser Betrag wird, nachdem Stadtv. Kantorowicz hierüber berichtet hat, gemäß dem Magistratsantrage, nachträglich aus Tit. XIII. des Kammer-Etats bewilligt.

Schon früher war vom Magistrat an die Versammlung der Antrag gerichtet worden, zur Versicherung des Lebens der beiden städtischen Branddirektoren bei der Magdeburger Allgem. Versicherungs-Aktiengesellschaft den Betrag von jährlich zusammen 247 M. zu bewilligen; nachdem der Antrag abgelehnt worden war, wurde die Angelegenheit einer gemischten Kommission überwiesen, welche jedoch nie zur Versammlung zusammengetreten ist. Magistrat hat nun neuerdings an die Versammlung den Antrag gerichtet. Stadtv. Rosenfeld, welcher hierüber berichtet, beantragt Bewilligung der obigen Prämie, event. Ueberweisung an die damals eingesetzte Kommission. Die Versammlung beschließt Ueberweisung an die Kommission, welche aus den Stadtverordneten Mügel, Szynski, Dr. Rebiniski und den Stadträten Annuß und Kantorowicz besteht.

In Betreff des Entwurfs einer Polizei-Verordnung für die Stadt Posen, betreffend die Reinhaltung der Grundstücke und Wegschaffung der Auswurfs- und Abfallstoffe von denselben, theilt Stadtv. Müller mit, daß die Spezialkommission bereits eine Sitzung zur Verabreichung über den neuen Entwurf abgehalten habe, und beantragt im Namen der Kommission Verwirklichung des Entwurfs mittels Umdrucks. Dieser Antrag wird genehmigt.

Einem hierher versetzten Mittelschullehrer werden die Umzugskosten in Höhe von 100 M. bewilligt.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 6½ Uhr Abends ihr Ende.

Locales und Provinzielles.

Posen, 3. April.

— Der „Kurjer Pozn.“ hatte anlässlich der Unterstützung, welche die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses gelegentlich der Interpellation Jazdzewski über die Aufhebung der Gehaltssperre für Gnesen-Posen vom Centrum erfahren hat, auch an die beiden Hauptredner des Tages, die Abgeordneten Windthorst und v. Schorlemer, Dankestelegramme gerichtet. Von den beiden Genannten ist jetzt an den „Kur.“ eine Antwort hierauf eingegangen, die in der Rückübersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche, wie folgt lautet: „Wir danken

Ihnen für Ihre Worte der Anerkennung. Stets werden wir das Recht und die Billigkeit verteidigen.“

r. Der Verein der deutschen Fortschrittspartei hielt am 2. d. Mts. Abends 8½ Uhr im Handelsaale eine außerordentliche Generalversammlung ab, zu der auch mehrere hiesige Angehörige der Sozialistischen-Partei erschienen waren. Vorstand Dr. C. Meyer eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß von der Generalversammlung am 13. v. M. mehrere Delegirte des Vereins zu dem Parteitage, welcher in Berlin am 15. und 16. März d. J. stattfand, gesandt worden seien und ertheilte alsdann dem Kaufmann Ad. Kantorowicz zur Berichterstattung über den Parteitag das Wort. — Kaufmann Ad. Kantorowicz unterzog sich dem ihm ertheilten Auftrage mit vielem Geschick, indem er mit bereiten Worten in Form einer Plauderei über seine Wahrnehmungen und die Eindrücke, die er auf dem Parteitage gewonnen, Bericht erstattete. Wir heben, da wir über den Verlauf des Parteitages ausführliche Mittheilung gebracht haben, aus dem Berichte nur Folgendes hervor: Vom Abgeordneten der Stadt Posen, Landgerichtsdirektor Wozzowski, theilte Redner mit, daß derselbe ein sehr geschätztes Mitglied der Fraktion sei und ganz besondere Thätigkeit in den Kommissionen entwicke. Wenn man von konservativer Seite der Fortschrittspartei den Vorwurf gemacht, die Mitglieder derselben seien „Drogen“, „latinitische Exzentriker“ &c., so habe schon der bloße Anblick des großen Saales am 16. März genügt, um die Grundlosigkeit jener Vorwürfe zu widerlegen; man habe allen Theilnehmern an diesem Banquet angegeben, daß sie Männer voll geistiger Regsamkeit, und in arbeitsvollen Berufen thätig sind. Wenn ferner von konservativer Seite der Vorwurf erhoben worden ist, die Anhänger der Fortschrittspartei seien Republikaner, so seien diejenigen Konservativen, die Derartiges behaupten, als Servile zu bezeichnen. Erhebend sei es beim Banquet gewesen, daß sichtlich das Band des gemeinsamen Bestrebens für Erhaltung der freien Rechte unseres Volkes um die ganze zahlreiche Versammlung, um die gesammte freisinnige Partei, gewunden gewesen sei. Referent habe am 15. d. M. mit Eugen Richter, dieser Hauptstiele der Partei, wegen Umwandlung des Namens der Fortschrittspartei Rücksprache genommen, und darauf hingewiesen, daß es dem Posener Verein der Fortschrittspartei schwer werde, den ihm sehr lieb gewordenen Namen zu ändern. Richter habe gesagt: Auch ihm sei die Änderung des Namens der Partei gewis schwer geworden; es ginge aber nicht anders, es sei dies eine Nothwendigkeit. So möge denn auch die heutige Versammlung beschließen, den bisherigen Namen des Vereins in den des Vereins der deutschen freisinnigen Partei umzuwandeln (lebhafter Beifall). — Rechtsanwalt Fädel wies darauf hin, daß der Bericht des Vorredners wohl geeignet sei, die Versammlung weiteren Debatten über den künftigen Namen des Vereins zu entheben. Was die von dem Vorredner erwähnten, gegen die Fortschrittspartei erhobenen Vorwürfe betrifft, so erkläre er, um Missverständnisse zu verbüten, daß diejenigen, welche derartige Vorwürfe erheben, überhaupt aus der anständigen Diskussion ausscheiden, daß aber gegen dieselben nicht gleiche Forderungen wiederholt werden mögen. Unständige Konservativen werden als eheliche Gegner anerkannt werden; die es aber nicht sind, die werden einfach verachtet werden. Wir wollen also die gegnerische Partei bekämpfen, aber uns von Invektiven fern halten. (Beifall). — Auf Antrag des Kaufmanns Reuländer gab die Versammlung hierauf Herrn Ad. Kantorowicz für dessen Bericht ihren Dank durch Erheben von den Plätzen zu erkennen. — Nachdem stellte Kaufmann C. Meyer im Namen des Vorstandes den Antrag, den Namen des Vereins in den des „Vereins der deutschen freisinnigen Partei“ umzuwandeln, und ebenso in den Statuten die entsprechenden Abänderungen vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Nachdem alsdann Kaufmann Brodnitz als bisheriger Gesellenspräsident, erklärte, daß er mit Freuden die Vereinigung beider Parteien begrüße, und hoffe, daß beide Parteien, nimmend zur deutschen freisinnigen Partei vereint, in erfreulicher Weise zusammenwirken werden, erreichte die Sitzung um 11½ Uhr Abends damit ihr Ende.

Telegraphische Nachrichten.

München, 2. April. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Abend Sitzung dem Antrage des Ausschusses gemäß 169 192 M. für den zur Erhöhung der Feuer-sicherheit notwendigen Umbau des Hoftheaters. Außerdem wurden 500 000 M. für die Abführung der Hauptpfeiler der St. Annakirche in München, 30 000 M. für Kirchenbauten in München und 10 000 M. für den Bau einer katholischen Kirche in Nürnberg bewilligt.

Darmstadt, 1. April. Der Großherzog ist heute Abend zu den Befestigungsfeierlichkeiten nach England abgereist.

Darmstadt, 2. April. Die erste Kammer beharrte in der heutigen Sitzung bei dem Entwurf, nach welchem die Mitglieder des großherzoglichen Hauses von der Kapitalrentensteuer befreit werden sollen.

Arolsen, 2. April. Der Fürst von Waldeck ist heute Mittag zu den Befestigungsfeierlichkeiten nach England abgereist.

Pest, 2. April. Im Abgeordnetenhaus beantragte der Deputirte Rosary die Verhaftung zweier Journalisten, welche den Abgeordneten Hermann gestern auf der Straße thätlich insultirt hätten. Ministerpräsident Tisza erklärte, die Regierung werde die ganze Strenge des Gesetzes walten lassen. Das Haus stimmte dem Vorschlage des Präsidenten zu, den Antrag drucken zu lassen und auf die Tagesordnung vom nächsten Freitag zu setzen.

Cannes, 1. April. Der Prinz von Wales, der Graf und die Gräfin von Paris, der Herzog von Coburg und viele andere hervorragende Persönlichkeiten sind heute Nachmittag von hier abgereist, um die Leiche des Herzogs von Albany zunächst nach Paris zu geleiten, wo die Ankunft morgen Vormittags 10 Uhr erfolgen dürfte. Bei der Abfahrt der Leiche wurden die üblichen militärischen Ehren erwiesen und Artilleriesalven abgegeben. Von Paris aus wird die Leiche mittelst Extrazuges nach Cherbourg übergeführt.

Paris, 2. April. Die Leiche des Herzogs von Albany ist heute gegen Mittag hier eingetroffen. Am Bahnhofe hatte sich Lord Lyons zur Begrüßung des Prinzen von Wales eingefunden, dieser nahm in der englischen Botschaft das Dejeuner ein. Gegen 1 Uhr fuhr der Extrazug mit der Leiche nach Cherbourg weiter.

Haag, 2. April. Die zweite Kammer genehmigte die internationale Konvention zum Schutze des gewerblichen Eigenthums.

London, 2. April. Nach einer Meldung aus Suakin ist Kontreadmiral Hewitt an Bord des „Curyalus“ nach Massuah abgegangen.

Konstantinopel, 2. April. In Folge einer zwischen dem griechischen Patriarchen und dem Laienrathe entstandenen Meinungsverschiedenheit ist der dem griechischen Patriarchen ausgehängte Invekturberat wegen der stattgehabten Unter-

Produkten-Börse.

Berlin, 2. April. Wind: N. Wetter: Schön.
Die Nachrichten von den auswärtigen Märkten lauten andauernd so flau und das Wetter fortgesetzt so schön, daß beide Thatsachen kaum noch Eindruck machen; vor der Hand wenigstens scheinen sie wirkungslos. Die Tendenz des heutigen Verkehrs war fast ohne Ausnahme recht fest.
Weizen vernachlässigt. Für Termine lagen enorme Deckungsordres vor, so daß die für diesen Artikel unverändert ungünstigen Berichte fast ganz ohne Wirkung blieben. Die gesammelten Verhältnisse sind eben so flau, daß zu Deckungen benutzt werden, weil es ja auch ein mal anders kommen könne: so argumentirt die Spekulation. Einfluß haben die Realisationen zu Ende und darum die Abgaben knapp. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, wenn die anfänglich recht flauen Kurse sich schnell erholen und durchgängig etwas höher als gestern schließen; dabei aber blies Kaufkraft überig.
Lohn-Roggen äußerst still. Im Terminverkehr ging es lebhaft her; hier wirkten dieselben Momente, wie in Weizen, nur daß hier mehr die Unternehmungen der Blaspesulation als auswärtige Ordres zur Geltung kamen und später Offerte blieben, so daß der Report kleiner wurde. Südrussische Ladungen waren minder dringender angeboten, so Asov 9 Pud 5 Psd. Mai-Juni a 128½ R., Juni-Juli 129 R. cfr. Hamburg.
Lohn-Hafer nur in feiner inländischer Waare beachtet. Termine wenig verändert. Roggenmehl theurer. Mais still. Rüböl in naher Sicht anfänglich durch Deckungen geteigert, ermattete hernach wieder und schloß etwas unter gestriger Notiz. Gerstsaum verändert. Petroleum matter.
Spiritus in effektiver Waare sehr stark angeführt, wurde meist im Tauch gegen Termine aufgenommen. Letztere erlitten sich um-

fangreicher Deckungsfrage und merklicher Besserung, schlossen auch recht fest.
(Antlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165-203 Mark nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 166,5 Mark, gelber märkischer - ab Bahn bez., ufermärtischer - ab Bahn bez., per diesen Monat - M., per April-Mai 165,25-167 bez., per Mai-Juni 168-169,75 bez., per Juni-Juli 170,25-172 bez., per Juli-August 172,5 bis 173,5 bez., per September-Oktober 175,5-177,5-178,75 bezahlt. Durchschnittspreis - M. Gefündigt 181,000 Zentner.
Roggen per 1000 Kilogramm loco 135-150 nach Qualität, Lieferungsqualität 140,5 M., russischer - frei Wagen bez., inländ. mittel - M. bez., feiner - bez., guter - M. ab Bahn und Bahn bez., mit Auswuchs - M., abgelassene Anmeldungen - bez., per diesen Monat - bez., per April-Mai 140,5-141 bez., per Mai-Juni 142 bis 142,5 bez., per Juni-Juli 143-143,5 bez., per Juli-August 143,75 bis 144,25 bez., per September-Oktober 144,5-145,25 bez., per Oktober-November - bezahlt. Gefündigt 214,000 Zentner. Durchschnittspreis - M.
Gerste per 1000 Kilogramm große 130-200 M. nach Qualität bez., kleine - ab Bahn bez., Brenngerste - M., Futtergerste - Mark ab Bahn bez.
Hafer per 1000 Kilogr. loco 125-164 n. Qual., Lieferungsqualität 128,5 M., pomm. guter - bez., russischer guter 135-138 ab Bahn bez., feiner 145-150 ab Bahn bez., mittel - ab Boden bez., schlech. feiner - ab Bahn bez., guter - bez., preuß. - M. ab Bahn bez., mittel - ab Bahn bez., per diesen Monat und per April-Mai 128,75-129-128,5 bez., per Mai-Juni 130,5-130,25 bez., per Juni-Juli 132,9 bez., per Juli-August 134,5 bez., per August-September - bez. Durchschnittspreis - M. bez. Gefundigt 46,000 Zentner.
Raffinirtes Mehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Solo

20,50-21,50 bez., per diesen Monat - M., per April-Mai 20,25 Br., 20 Gd., per Mai-Juni - per Juni-Juli - per Juli-August - M. Durchschnittspreis - M. Gef. - 3tr.
Erbsen Rogwaare 180-230, Futterwaare 157-167 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.
Trockene Raffinirtes Mehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Solo 20,50 M., per diesen Monat - M., per April-Mai 20,25 Br., 20 Gd., per Mai-Juni - per Juni-Juli - M., per Juli-August - M. Durchschnittspreis - M. Gef. - 3tr.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert incl. Sack per diesen Monat und per April-Mai 19,40-19,50 bez., per Mai-Juni 19,60-19,65 bez., per Juni-Juli 19,85-19,95 bez., per Juli-August - M. bez. Durchschnittspreis - Mark. Gefundigt 1000 Ztr.
Weizenmehl Nr. 00 26,25-24,25, Nr. 0, 24,25-23,00, Nr. 0 u. 1 22-20. Roggenmehl Nr. 0 21,75-19,75, Nr. 0 u. 1 19,50 bis 17,50.
Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Faß - M., ohne Faß - M., per diesen Monat - M. bez., per April-Mai 57,3-57,5-57 bez., per Mai-Juni 57,4-57,6-57,1 bez., per Juni-Juli 57,5-57 bez., per September-Oktober 56,5 bez. Durchschnittspreis - M. Gefundigt 3400 Zentner.
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Fässen von 100 Kilogr., loco - M., per diesen Monat 23,3 bez., per April-Mai - M. bez., per Septbr.-Oktober - M.
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Gd. = 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 46,5-46,3-46,5 bez., loco mit Faß - bez., per diesen Monat und per April-Mai 47-47,6 bez., per Mai-Juni 47,3-47,9 bez., per Juni-Juli 48,1-48,6 bez., per Juli-August 49,1-48,4 bez., per August-Septbr. 49,6-49,9 bez., per September-Oktober 49,5 bez. Ge. 530,000 Liter. Durchschnittspreis - M.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 2. April. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf Spekulation. Das Geschäft entwickelte sich bei großer Reserviertheit der Spekulation sehr ruhig und nur vereinzelt und periodisch gingen Ultimomerte lebhafter um. Auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen lauteten weniger günstig und boten besonders geschäftliche Anregung nicht dar. Im späteren Verlaufe des Verkehrs schien sich die Stimmung etwas zu bessern, ohne daß der Verkehr an Regsamkeit gewann.

Der Kapitalmarkt erwies sich recht fest für heimische, solide Anlagen, während fremde, festen Zins tragende Papiere sich theilweise etwas schwächer stellten.
Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige waren gleichfalls weniger fest und im Allgemeinen ruhiger.
Der Privatdiskont wurde mit 3 pSt. notirt.
Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien zu etwas niedrigeren und schwankenden Kursen ruhig um; Franzosen waren matter, Lombarden ziemlich behauptet; Elbethalbahn, Nordwestbahn, Dux-Bodenbach weichen.
Von den fremden Fonds erschienen russische Werthe abgeschwächt, ungarische Goldrente ziemlich behauptet.

Deutsche und preussische Staatsfonds erwiesen sich recht fest und lebhafter, auch inländische Eisenbahnprioritäten traten in regeren Verkehr bei theilweise besserer Notiz.
Bankaktien lagen schwach und ruhig; Diskonto-Kommandit-Anteile waren matter; Deutsche Bank ziemlich behauptet.
Industriepapiere meist ziemlich behauptet und ruhiger; Montanwerthe still; die spekulativen Laurahütte und Dortmunder Union matter.
Inländische Eisenbahnaktien schwächer und ruhig, Ostpreussische Südbahn matter, Lübeck-Büchen fester.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn- und Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Berlin-Dresd. v. St.		Den. Lit. B. (Lith.)		Kordb. Bank	
Amsterd. 100 fl. 8 Z. 3½	31	Russ. St. Anl. 6	6	Aachen-Masftrich	60,75	St. B. (Lith.) 4	104,25	St. B. (Lith.) 4	87,30	St. B. (Lith.) 4	158,00
Brüss. u. Antwerpen	31	do. 7	7	Altona-Kieler	—	St. B. (Lith.) 4	103,50	St. B. (Lith.) 4	86,50	St. B. (Lith.) 4	43,00
100 fr. 8 Z. 3½	31	Finnland. Looje	—	Berlin-Dresden	23,90	St. B. (Lith.) 4	103,50	St. B. (Lith.) 4	102,20	St. B. (Lith.) 4	147,25
London 100 £ 8 Z. 3½	31	Italienische Rente	—	Berlin-Hamburg	432,10	St. B. (Lith.) 4	102,00	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	125,00
Paris 100 fr. 8 Z. 3½	31	do. Tabak-Obl.	6	Bresl.-S.-Frbg.	—	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	99,50
Wien, öst. Währ. 8 Z. 4	168,40	Def. Gold-Rente	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	62,25
Petersb. 100 R. 3 Z. 3½	207,25	do. Papier-Rente	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	120,50
Wien 100 R. 8 Z. 3½	207,65	do. do.	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	80,50
Geldsorten und Banknoten.		do. Silber-Rente	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	106,25
Sovereigns v. St.	16,23	do. 250 fl. 1854	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	129,00
20-Francs-Stück	16,23	do. Kredit 1858	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	92,50
Dollars v. St.	16,75	do. Lott. 1860	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	93,00
Imperial v. St.	16,75	do. do. 1864	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	147,70
Engl. Banknoten	81,30	Poln. Stadt-Anl.	6	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	100,00
Frank. Banknoten	168,80	do. do. kleine	6	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	121,25
Deferr. Banknoten	208,15	Poln. Pfandbriefe	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	92,75
Aust. Noten 100 R.	208,15	do. Liquidat.	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	104,75
Zinsfuß der Reichsbank.		Rum. mittel	8	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	132,90
W. 4 pSt. Lombard 5 pSt.	—	do. kleine	8	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	80,90
Fonds- und Staats-Papiere.		do. St.-Obligat	6	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	91,00
Dtsch. Reichs-Anl.	4	do. Staats-Obl.	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	128,10
Russ. Reichs-Anl.	4	Russ. Egl. Anl. 1822	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	4	do. do. 1862	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Staats-Anleihe	4	do. do. kleine	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Staats-Schuldversch.	3½	do. konf. Anl. 1871	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Kur- u. Neum. Schl.	3½	do. do. kleine	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Berl. Stadt-Oblig.	4	do. do. 1872	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	4	do. do. 1873	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	4	do. Anleihe 1877	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Pfandbriefe:	—	do. do. 1880	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Berliner	5	do. Orient-Anl. I	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do.	4	do. do. II	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do.	4	do. do. III	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Landschaftl. Zentral.	4	do. Poln. Schatzb.	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Kur- u. Neum. neue	3½	do. Pr.-Anl. 1864	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	3½	do. do. 1866	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	3½	do. do. 1868	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
N. Brandenburg. Kredit	4	do. do. 1870	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Ostpreussische	3½	do. do. 1872	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Pommersche	4	do. do. 1874	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	4	do. do. 1876	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Posenische neue	4	do. do. 1878	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Sächsische	4	do. do. 1880	4	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Schlesische altland.	3½	do. do. 1882	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. Lit. A.	3½	do. do. 1884	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. neue II.	3½	do. do. 1886	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Westpr. u. sächs.	3½	do. do. 1888	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do.	4	do. do. 1890	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. Reudisch. II.	4	do. do. 1892	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Rentenbriefe.	—	do. do. 1894	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Kur- u. Neumark.	4	do. do. 1896	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Pommersche	4	do. do. 1898	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Posenische	4	do. do. 1900	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Preussische	4	do. do. 1902	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Rhein. u. Westf.	4	do. do. 1904	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Sächsische	4	do. do. 1906	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Schlesische	4	do. do. 1908	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Bayer. Anleihe	4	do. do. 1910	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Brem. do. 1880	4	do. do. 1912	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Bomb. St.-Rente	3½	do. do. 1914	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Sächs. do.	3	do. do. 1916	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Pr. Pr.-Anl.	3½	do. do. 1918	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Def. Pr.-Sch. 40 Z.	—	do. do. 1920	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Bab. Pr.-Anl. 1867	4	do. do. 1922	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. 35 fl. Anleihe	—	do. do. 1924	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Bayer. Präm.-Anl.	4	do. do. 1926	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Brensch. 20 Zbl.-L.	—	do. do. 1928	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Edm.-Wind. Pr.-L.	4	do. do. 1930	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Def. St.-Pr.-Anl.	3½	do. do. 1932	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Dtsch. Pr.-Pdb. I.	5	do. do. 1934	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
do. do. II. Pdb.	5	do. do. 1936	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Gamb. 50 Zbl.-Looje	3	do. do. 1938	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Lüb. 50 Zbl.-Looje	3	do. do. 1940	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Rein. 7 fl.-Looje	—	do. do. 1942	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Rein. 6 fl.-Pdb.	4	do. do. 1944	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—
Oldend. 40 Zbl.-L.	3	do. do. 1946	5	Dortm.-Gron. C	2½	St. B. (Lith.) 4	101,90	St. B. (Lith.) 4	100,75	St. B. (Lith.) 4	—